

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/11141 –**

Strenge Sanktionen gegen Russland und Belarus im Agrarbereich einführen

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, für strenge europäische und notfalls nationale Sanktionen gegen Russland und Belarus im Agrarbereich zu sorgen, um die durch diesen Sektor erfolgende Finanzierung des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine zu unterbinden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/11141 abzulehnen.

Berlin, den 15. Mai 2024

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Reinhard Houben
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Reinhard Houben

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/11141** wurde in der 166. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. April 2024 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Verteidigungsausschuss, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und an den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der CDU/CSU beklagt, dass es Russland gelungen sei, trotz zahlreicher Sanktionen seine militärisch-industrielle Produktion auszubauen und hochzufahren – auch aufgrund zahlreicher Agrarexporte. Russische Weizenimporte in die Europäische Union (EU) hätten sich in der Saison 2023/2024 sogar auf rund 700.000 Tonnen verdoppelt. Dabei raube Russland in den besetzten ukrainischen Gebieten ebenfalls gezielt Getreide und verschleierte dessen Herkunft, um es auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Die Fraktion begrüßt zwar die Initiative der EU-Kommission, mittels erster Sanktionspakete Zölle und Gebühren auf Getreide und Ölsaaten aus Russland und Belarus zu erhöhen, verlangt aber schärfere Sanktionen mit dem Ziel, Exporte russischer und belarussischer Agrargüter in die EU vollständig zu unterbinden.

Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene für ein vollumfängliches Importverbot aller russischen und belarussischen Agrargüter, Dünge- und Lebensmittel einzusetzen. Für den Fall, dass eine europäische Einigung absehbar nicht erzielt werden könne, drängt sie weiter darauf, ein entsprechendes Importverbot noch bis Sommer 2024 auf nationaler Ebene zu verabschieden sowie andere EU- und Drittstaaten zu motivieren, entsprechende Sanktionen zu erlassen. Daneben solle die Bundesregierung gemeinsam mit der EU identifizieren, welche Agribusiness-Güter (etwa Landmaschinen) Russland nutze, um aus der Ukraine Agrargüter zu rauben und diese Produkte auf eine Sanktionsliste für den Export in die EU zu setzen beziehungsweise gemeinsam mit der EU gegen die Veräußerung geraubten Getreides vorzugehen. Eingerahmt werden solle das Vorhaben von einer gemeinsamen Informationskampagne mit der EU, um der gezielten russischen Desinformation und Propaganda bezüglich der Situation an den Getreidemärkten entgegenzuwirken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/11141 in seiner 65. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 20/11141 in seiner 77. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/11141 in seiner 102. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/1141 in seiner 91. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/1141 in seiner 80. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 20/1141 in seiner 60. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/1141 in seiner 65. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Verkehrsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/1141 in seiner 72. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 20/1141 in seiner 62. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/1141 in seiner 72. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 20/1141 in seiner 57. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/1141 in seiner 67. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 20/1141 in seiner 56. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11141 in seiner 76. Sitzung am 15. Mai 2024 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 15. Mai 2024

Reinhard Houben
Berichtersteller

